

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

104. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 28. April 2004

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksachen 15/2953, 15/2965)

9384 D

Mündliche Frage 17 **Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)**

Bewertung des Berichts des Gesprächskreises Ost zur Lage in den neuen Bundesländern

Antwort

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin..... BMWV
9393 A

Zusatzfragen

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)

Manfred Grund (CDU/CSU)

Petra Pau (fraktionslos)

Veronika Bellmann (CDU/CSU)

9393 C

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (...)

Wir kommen zu Frage 17 der Kollegin Dr. Gesine Löttsch:

Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht des Gesprächskreises Ost und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung – „Spiegel online“ vom 3. April 2004 – aus der kritischen Analyse der Lage in den neuen Ländern?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Frau Kollegin Dr. Löttsch, der Gesprächskreis Ost ist ein informelles Beratergremium aus Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kreditwirtschaft, dessen Zusammenkünfte abwechselnd unter der Gesprächsleitung des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, und des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, stattfinden. Im Zentrum des Gesprächskreises steht die Frage, welche zusätzlichen Beiträge Wirtschaft, Politik und Kreditwirtschaft leisten können, um die Standort- und Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft in den neuen Ländern zu verbessern.

Das Gremium ist bisher zweimal zusammengekommen. In der zweiten Sitzung wurden verschiedene Papiere zum Thema Aufbau Ost diskutiert, darunter auch ein Thesenpapier von Klaus von Dohnanyi und Edgar Most, die beide Mitglieder im Gesprächskreis sind. Im Thesenpapier von Klaus von Dohnanyi und Edgar Most werden eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die im Gesprächskreis Ost kontrovers diskutiert wurden. Dabei war das Meinungsbild insgesamt sehr differenziert. Das Papier stellt kein abgestimmtes Ergebnis der beiden Diskussionsrunden im

Gesprächskreis Ost dar. Einzelne Vorschläge, zum Beispiel die Schwerpunktsetzung der Förderpolitik auf Clusterbildung, finden sich auch in der von der Bundesregierung beabsichtigten Neujustierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik für die neuen Länder wieder.

Das Thesenpapier von Klaus von Dohnanyi und Edgar Most ist nur eine Quelle des „Spiegel“-Beitrages. Die negative Gesamtbilanz, die in dem Artikel zum Aufbau Ost gezogen wird, teilt die Bundesregierung nicht. Im Prozess des Aufbaus Ost wurden beachtliche Erfolge erzielt. Dazu gehören der Ausbau der Infrastruktur, die Sanierung der Städte und die Verbesserung der Wohn- und Umweltbedingungen der Menschen. Das verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland entwickelt sich seit Jahren positiv. In allen neuen Ländern sind industrielle Schwerpunkte entstanden. Gleichwohl gibt es noch Probleme in den neuen Ländern, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit infolge der bestehenden Arbeitsplatzlücke.

Mit der Neujustierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in den neuen Ländern sollen die entstandenen wirtschaftlichen Schwerpunkte gezielt gefördert werden, um dort ein sich selbst tragendes Wachstum zu erreichen. Die Bundesregierung befindet sich bereits in einem engen Abstimmungsprozess mit den Ländern über die künftige Schwerpunktbildung Ost.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zusatzfrage, Frau Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Frau Staatssekretärin, Sie haben eine Reihe von konkreten Vorschlägen sowohl aus den Papieren des Gesprächskreises Ost als auch aus den Diskussionen benannt. Darum möchte ich, um etwas Konkretes aufzugreifen, nachfragen, ob die Bundesregierung meine Auffassung teilt, dass es erforderlich ist, Transfermittel aus dem Solidarpakt II zur Stärkung der Forschungslandschaft Ost und für eine zielgerichtete Standortpolitik bei der Forschungsförderung vorzuziehen. Wenn Sie diese Auffassung teilen – was ich natürlich begrüßen würde –: Wie sollte dann die Umsetzung erfolgen?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Frau Kollegin Löttsch, zum Solidarpakt II haben Verhandlungen stattgefunden. Im Solidarpakt II sind die Aufgaben benannt worden, für die finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen an dem Solidarpakt festhalten und wollen ihn nicht infrage stellen. Eine andere Verwendung der Mittel würde bedeuten, dass wir den Solidarpakt neu verhandeln wollten. Das wollen wir nicht. Sie wissen, es gibt schon den Schwerpunkt bei der Förderung von Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Das Ziel, in den neuen Bundesländern verstärkt Forschungs- und Entwicklungsmittel einzusetzen, wollen wir auch weiterhin verfolgen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Eine weitere Zusatzfrage, Frau Löttsch? – Bitte.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Ich möchte eine andere konkrete Nachfrage stellen. Frau Staatssekretärin, teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass es eine wichtige Hilfe für die Entwicklung im Osten wäre, die Entschuldung der Wohnungsunternehmen voranzutreiben und möglichst zu einem guten Ende zu führen?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Frau Kollegin Dr. Löttsch, Sie wissen, dass mich dieses Thema schon seit vielen Jahren sehr stark beschäftigt. Ich finde, wir haben eine gute Altschuldenregelung getroffen, mit der wir Wohnungsunternehmen helfen, die in große Bedrängnis geraten sind und deren Existenz bedroht ist. Sie wissen, dass wir die Altschulden nicht generell übernehmen können, weil es sich dabei um enorm hohe Beträge handelt. Das heißt, wir setzen auf eine gezielte Förderung im Paket mit dem Stadtumbau Ost. Wir stellen hier verschiedenste Mittel zur Verfügung, um dauerhaft leer stehende Wohnungen abzureißen gleichzeitig und das Wohnumfeld zu verbessern.

Wir stellen insgesamt ein ganzes Bündel von Maßnahmen für die Wohnungswirtschaft zur Verfügung, das zur Stabilisierung der Wohnungswirtschaft beiträgt und vor allen Dingen auch die Lebensqualität der Menschen verbessert. Ich denke, dies ist eine sachgerechte Förderung, die wir auch brauchen. Wir konzentrieren uns also auf diejenigen, die Hilfe brauchen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Eine weitere Frage des Kollegen Manfred Grund.

Manfred Grund (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie gesagt haben, dass die Bundesregierung am Solidarpakt II festhält.

Ich habe eine Frage zu dem auch von Ihnen zitierten Papier von Herrn von Dohnanyi, an dem auch Edgar Most mitgearbeitet hat. Von Edgar Most gibt es ein Zeitungsinterview, in dem er etwas zugespitzt sagt: Der Osten vergeist, verdummt und verarmt. Teilt die Bundesregierung diesen Satz von Edgar Most?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Kollege Grund, ich finde, dass man in der gesamten Debatte um den Aufbau Ost folgende zwei Dinge benennen muss:

Erstens. Man muss ganz klar sagen, dass die Leistungen, die die Menschen in Ostdeutschland – auch in unserer gemeinsamen Heimat Thüringen, Herr Kollege Grund – in den letzten 15 Jahren erbracht haben, enorm waren und Erfolge zeigen. Ich meine, wer mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer geht, kann diese Erfolge sehen. Dieses Land hat große Anstrengungen unternommen, um durch eine gesamtdeutsche Solidarität voranzukommen. Ich denke, diesen sehr wichtigen Punkt muss man darstellen.

Gleichwohl muss man ein Zweites hinzufügen: Wir benötigen nach wie vor eine Förderung, da wir nach wie vor große Probleme haben. Uns muss es darum gehen, die Arbeitsplatzlücke in Ostdeutschland zu schließen, weil nur dann junge Menschen ihre Chancen vor Ort suchen werden. Bei dem von Ihnen angesprochenen Zitat geht es um die Abwanderung. Dieses Thema beschäftigt uns sehr stark und macht uns Sorgen.

Dabei muss man aber mehrere Bereiche betrachten. Auf der einen Seite muss man Chancen schaffen und für ordentliche Verdienstmöglichkeiten sorgen; denn nur so kann man die Jugend in Ostdeutschland halten. Auf der anderen Seite brauchen wir vernünftige Bildungsangebote. Das beginnt aus meiner Sicht ganz eindeutig schon bei der schulischen Bildung. Da gilt es einiges durchaus noch zu verbessern; das ist gar keine Frage. Wir müssen zum Beispiel die Universitäten und Fachhochschulen für die Anforderungen fit machen, sodass wir junge Leute zum Studieren in die neuen Bundesländer locken können. Ob uns das gelingt, wird auch ganz stark davon abhängen, wie sich die Landesregierungen hier einbinden lassen.

Ich denke, diese Dinge werden dazu führen, dass wir die Abwanderung begrenzen können.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Eine weitere Frage der Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Staatssekretärin, da wir uns jetzt bereits in der Debatte der unterschiedlichen notwendigen Maßnahmen in den unterschiedlichen Bereichen befinden, habe ich noch eine Nachfrage: Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Einführung einer kommunalen Investitionspauschale für die Entwicklung Ostdeutschlands unbedingt notwendig ist?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Frau Kollegin Pau, Sie wissen, dass man bei den kommunalen Investitionspauschalen auch verfassungsrechtliche Dinge betrachten muss und dass wir keine direkten Fördergelder an die Kommunen geben können.

Wir müssen erreichen – dazu gibt es eine Arbeitsgruppe beim Bundesfinanzminister –, dass die Kommunen aufgrund ihrer Finanzausstattung in der Lage sind, zu investieren. Durch verschiedene andere Reformprojekte trägt die Bundesregierung dazu bei, die Kommunen zu entlasten, damit sie wieder mehr öffentliche Investitionen leisten können. Den Zusammenhang mit den öffentlichen Investitionen sehen wir natürlich; das ist ganz klar.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Eine Frage der Kollegin Veronika Bellmann.

Veronika Bellmann (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, ich möchte auf die Aussagen zurückkommen, die Sie bei der Antwort auf die Frage von Kollegin Löttsch zur Förderung von Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern gemacht haben. Nun ist das nicht unbedingt Ihr Bereich, aber vielleicht können Sie trotzdem eine Aussage dazu treffen oder zumindest dafür sorgen, dass meine Frage beantwortet wird.

Das Programm FUTOUR ist am 31. Dezember 2003 ausgelaufen. Es förderte Existenzgründer und innovative Unternehmen im Forschungsbereich. Können Sie eine Aussage darüber treffen, inwiefern dieses Programm weitergeführt wird? Wir alle haben betont, wie wichtig für uns Wissenschaft und Forschung im Zusammenhang mit dem Mittelstand insbesondere im Osten Deutschlands sind. Können Sie etwas dazu sagen, ob es Diskussionen darüber gibt, ein neues Programm in dieser Richtung aufzulegen?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Frau Kollegin Bellmann, wir wissen, dass in den neuen Bundesländern die Unternehmen zwar sehr klein sind, aber viel Innovationskraft besitzen. Aber aufgrund der kleinen Unternehmensgröße ist es meistens so, dass weniger Geld für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird. Da auch wir der Meinung sind, dass durch Forschung und Entwicklung neue Produkte entstehen, wodurch Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern geschaffen werden, sehen wir hier einen ganz klaren Schwerpunkt. Es gibt verschiedene Förderprogramme. Sie kennen das Inno-Regio-Projekt, Pro-Inno und all die anderen Programme. Wir wollen durch die Schwerpunktbildung Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern nach wie vor fördern.

Sie haben Recht: Ich bin nicht Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Insofern kann ich Ihnen zu FUTOUR nichts Konkretes sagen. Ich bitte Sie dafür um Verständnis und werde dafür sorgen, dass Ihnen eine schriftliche Antwort zugeht.

(Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Vielen Dank!)